

# Leipziger Tageblatt

## und Handels-Zeitung

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig

Nr. 99

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 8

Sonnabend, den 24. Februar

Verlagspreis: Vierteljahr: Nr. 14/91, 14/92 und 14/93

1917

# Französische Angriffe gescheitert

## Der deutsche Heeresbericht

Das Wolffsche Bureau meldet amtlich:

Großes Hauptquartier, 24. Februar.

### Westlicher Kriegsschauplatz

Im Westschelde-Vogen war der Artilleriekampf lebhaft. An der Artois-Front wurden mehrere englische Erkundungsabteilungen abgewiesen.

Im Somme-Gebiet haben die Engländer einzelne von uns aufgebundene verschlammte Stellungsteile besetzt.

In der Champagne griffen die Franzosen abends und nachts die von uns am 15. Februar gewonnenen Linien südlich von Ripont an. Die Angriffe sind gescheitert.

Auf dem Westufer der Maas drang eine feindliche Abteilung nordöstlich von Avocourt in einige unserer vorderen Stellungen. Durch sofort einsetzenden Gegenstoß sind sie gesäubert und Gejangene einbehalten worden.

### Ostlicher Kriegsschauplatz

Bei strenger Kälte keine besonderen Ereignisse.

### Mazedonische Front

Feuer von See gegen griechische Ortschaften östlich der Struma wurde durch erfolgreiche Beschädigung der Schiffe und englischer Steuerungen erwidert.

Der erste Generalquartiermeister, Lubendorff.

## Ein englisch-russisches Ultimatum an Persien?

(z.) Budapest, 24. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) „Ruhige Slowo“ meldet, daß die Verbände Russlands und Englands eine gemeinsame Note in Bezug auf die russisch-englische Finanzkontrolle der persischen Regierung übergeben haben. Die Note betont die großen Opfer, die seitens Russlands und Englands zugunsten Persiens bisher gebracht wurden. In dem weiteren Teil der Note wird dem persischen Kabinett zum Vorwurf gemacht, daß es nicht jenen Dank der Entente entgegenbringe, mit dem Russlands und England mit gutem Recht gerechnet haben. Das Ultimatum soll ziemlich kurzfristig sein. Die „Ruhige Slowo“ weist zu weitern weiß, wäre ein Kabinettswechsel in Persien bevorstehend, da die große Mehrheit der Bevölkerung gegen die Entente eingenommen ist und wünscht, daß das Ultimatum seitens der Regierung nicht durchgeführt werde.

### Spernung der russischen Briefpost

Wien, 23. Februar. (Drahtbericht.) Die Oberpostdirektion teilt mit: Seit dem 10. Februar ist keine Briefpost aus Russland nach der Schweiz gelangt. Die betreffende Briefpost wird seit Kriegsbeginn über Schweden, England und Frankreich befördert. Die englische Zentralpostverwaltung teilt auf telegraphische Anfrage der Oberpostdirektion mit, die letzte Post aus Russland sei in England eingetroffen.

### Russlands religiöse „Toleranz“

(z.) Stockholm, 24. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Der Oberbefehlshaber an der westlichen Front, General Nihil, fertigte nach dem „Ruhige Slowo“ ein Verbot für die evangelischen Seelen, Baptisten und Adventisten, aus öffentlichen Gottesdiensten abzuhalten; nur geschlossene Versammlungen sind gestattet.

### Allgemeine Kampfpause in Rumänien

(z.) Budapest, 24. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Vom rumänischen Kriegsschauplatz wird berichtet: Die vorgehenden gestrigen Versuche der Russen, in unsere Stellungen an der Südfont der Erzherzog-Joseph-Armee einzudringen, hat die russische Heeresleitung mit schweren Verlusten bezogen müssen, ohne den geringsten Erfolg erzielt zu haben. In diesem Teile der rumänischen Front herrscht jetzt vollkommen Ruhe. Auch die mehrere Tage andauernde heftige Artilleriefeindlichkeit, die sich zeitweise bis zu Kommissarfeuer steigerte, hat merklich nachgelassen, was freilich nur dem Umstand zuzuschreiben werden kann, daß entlang der ganzen Front hartes Schneetreiben eingesetzt hatte und der Schneefall schon auf einige Meilen Entfernung die Aussicht verperverte. Vom Zentrum der rumänischen Front und von unseren Stellungen entlang der Donau sind keine wichtigen Ereignisse zu melden. Der Kampf ruht entlang der ganzen Front, und nur zeitweise hört man bei Ramoasa und bei Galaz Artilleriefeuer. Die Meldungen von der mazedonischen Front berichten gleichfalls über eine allgemeine Kampfpause, die nur durch hartes Schneetreiben zwischen Dolransee und Warbar unterbrochen wurde.

### Die russische Balkanpolitik

(z.) Sofia, 24. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Die Zeitung „Lambana“ bringt aus Risch nachstehende Aeußerungen eines der serbischen Königsfamilie nahe stehenden Diplomaten über die russische Balkanpolitik: Im Jahre 1911 war ich der serbischen Gesandtschaft in Konstantinopel zugehörig. Dort wurde damals die Stimmung zur Gründung eines Balkanbundes sondiert. Oft fanden in der russischen Gesandtschaft in meiner Gegenwart mit Giers und seinem Sekretär Unterredungen statt. Die russischen offiziellen Kreise waren gegen jedes Bündnis zwischen den Balkanstaaten, da es Giers als Hindernis für die Er-

reichung des Zieles einer 300-jährigen russischen Politik im nahen Osten anseh. Eines Tages sagte mir Giers wörtlich: Ich bin überzeugt, daß kein einziger Staatsmann in Russland ein serbisch-bulgarisches Bündnis zulassen würde, weil uns dann eine zweite Türkei erstünde. Unsere Politik gebietet, daß Bulgarien isoliert und Serbien unterjocht werde, da dies immer unseren Interessen dienen wird. Der russischen Politik kann Bulgarien nicht dienen, und ein serbisch-bulgarischer Bund würde nur Bulgarien nützen, aber für Russland eine große Gefahr bedeuten. Unser Interesse erfordert dringend, daß Serbien und Bulgarien in Feindschaft leben, denn nur so können wir leicht des Jaren Peter großes Ziel, Konstantinopel und die Dardanellen, erreichen. Wir können nur eine Veränderung Serbiens und Bulgariens zulassen, falls sie eine Schwächung der Türkei bezwecken. Wir wollen aber immer nur ein kleines Bulgarien, das uns immer gefügig sein muß.

## Außerordentliche Tagung des amerikanischen Senats

Wb. Washington, 23. Februar. (Amtlich.) Wilson hat entschieden, den Senat zu einer außerordentlichen Tagung zum 5. März einzuberufen.

in. Amsterdam, 24. Februar. (Drahtbericht.) Die „Times“ melden: In Washington ist man der allgemeinen Ansicht, daß ein dem Kriege vorangehender Schritt bevorstehe. „New York World“ behauptet, Berlin betrachte das Vorgehen Amerikas gegen Oesterreich als einen Versuch, Zwietracht zwischen die Verbündeten zu säen. Die Tatsache, daß Amerikaner an Bord des Dampfers „Shoglen“ waren, hat die Spannung erhöht.

(z.) Rotterdam, 24. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Englische Mütter erlauben aus New York: Das Staatsdepartement erklärte amtlich gegenüber den Gerichten, daß eine Entspannung eingetreten sei, das Verhältnis zu Deutschland könne sich nicht bessern, solange der U-Bootkrieg in Kraft bleibe.

(z.) Von der Schweizer Grenze, 24. Februar. (Drahtbericht unseres Sonderberichterstatters.) Laut „Zürcher Post“ meldet die von englischer Seite bediente neue Korrespondenz aus New York: Im großen und ganzen bleibt die Lage unklar. Die Vorbereitungen für alle Möglichkeiten werden fortgesetzt. Wilson ließ sich am Mittwoch einen ins einzelne gehenden Bericht über die militärischen und maritimen Streitkräfte der Vereinigten Staaten erstatten. Die Armee- und Marineverwaltung beilegte sich mit der Auffüllung der Bestände der Land- und Seestreitkräfte und beabsichtigt eine demnachstige Einberufung der Veteranen und pensionierten Offiziere.

in. Lugano, 24. Februar. (Drahtbericht.) Nach Washingtoner Berichten englischer Mütter herrscht daselbst allgemein die Überzeugung, der Kongreß werde die Vollmachten an Wilson nicht ohne langwierige Debatten erteilen. Wahrscheinlich würde die Partei der Friedensfreunde eine Einschränkung der Befugnisse durchsetzen. Seiten des Senats und Repräsentantenhaus eiferfüchtig auf die Wahrung ihrer Vorrechte, über Krieg und Frieden entscheiden zu dürfen, und würden es vorziehen, in dringenden Fällen einberufen zu werden, als auf diese Vorrechte zugunsten des Präsidenten zu verzichten. Besonders die Weststaaten werden diese Meinung vertreten.

## Die angeblich deutschfeindliche Tätigkeit Gerards

© Berlin, 24. Februar. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) In der „Deutschen Tageszeitung“ hat Graf Reventlow neuerdings aufsehenerregende Mitteilungen über den Verkehr in der amerikanischen Botschaft und angebliche Freireisenden, die von dort ausgegangen wären, veröffentlicht. Vielfach ist daraufhin dann auch eine Aufklärung und Richtigstellung von amtlicher Stelle verlangt worden. Die Erregung ist verständlich und der Drang nach Aufklärung nur zu begreiflich. Leider ist es in diesem Falle nicht ganz so leicht, das Licht der Wahrheit leuchten zu lassen. Ganz ohne Umschweife gesprochen, wie will man feststellen, was an dem Gerücht richtig ist, was nicht? Die Dinge liegen doch wohl so, daß die Möglichkeit, daß dergleichen vorgekommen ist, sich nicht bestreiten läßt, der Wahrheitsbegriff indes kaum zu erdringen ist. Solange Herr Gerard hier als Botschafter wirkte, war er im Verkehr in allen Punkten frei. Seine Post unterlag nach völkerrechtlichen Grundsätzen keiner Zensur. Es hätte an sich also immerhin schon geschehen können, daß der Botschafter, wenn er besondere starke Sympathien für die Entente im allgemeinen und England im besonderen hatte, von diesem auch Gebrauch machte. Wie gesagt, es hätte geschehen können, aber ob es geschehen ist, läßt sich nicht erweisen und wird menschlicher Voraussicht nach nie feststellen lassen. Unter solchen Umständen möchten wir fast finden, die nachträgliche Beschäftigung mit diesen Gerüchten sei nicht einmal sehr fruchtbringend. Ähnlich steht es mit der Befehlsgebung, das Sir Roger Casement von der amerikanischen Botschaft an England verraten worden sei. Auch das wird sich niemals erhärten lassen. Männer, die diesen Dingen nahegekommen sind und auch Sir Roger persönlich gekannt haben, wollen die Behauptungen der „Deutschen Tageszeitung“ rundweg verneinen. Und sie meinen aus ihrer Kenntnis des Charakters und der Art dieses unglücklichen Opfers englischer Nachgänger, daß Sir Roger, der vertrauensvoll war, während seines Berliner Aufenthalts nicht immer das nötige Schweigen gewahrt, und daß er vielleicht die Heher und Spürer selber auf eine Fährte gelenkt hat.

## Nationale Auseinandersetzung in Oesterreich

Von Hofrat Professor Dr. S. Rauchberg-Prag

Der Streit der österreichischen Nationalitäten kann nur durch ihre reinliche Scheidung in Staats- und Selbstverwaltung beendet werden. Die Frage ist nur, ob diese Scheidung innerhalb des Rahmens der geschichtlichen Kronländer möglich ist oder deren Zerstückelung und Umformung zu national möglichst einheitlichen Volksgebieten erfordert. Diesen Standpunkt hat bekanntlich zuerst die österreichische Sozialdemokratie in der von dem Brüner Parteitag von 1899 beschlossenen Resolution angenommen. Seither wird er von ihren österreichischen Wortführern, besonders von Dr. D. Vauer und Dr. A. Renner, unermüdlich mit Geschick und Erfolg vertreten. Daß dieser Gedanke auch in bürgerlichen Kreisen Wurzel gefaßt hat und selbst von wissenschaftlicher Seite Zustimmung findet, beweisen die Gutachten über die wünschenswerte Stellung der Kronländer im Gefüge der österreichischen Verfassung, die die „Oesterreichische Zeitschrift für öffentliches Recht“ von Hochschullehrern des Staats- und Verwaltungsrechts eingeholt und kürzlich im Manzischen Verlage als Sonderheft veröffentlicht hat. Von den 14 Gutachtern stehen drei, ein deutscher, ein Tscheche und ein Ruthene, auf dem Boden der „nationalen Autonomie“ im Sinne des sozialdemokratischen Programms, das Oesterreich als eine Föderation seiner Volksstämme, als einen Nationalitätenbundesstaat auftrifft.

Dieser Plan ist ebenso überflüssig wie gefährlich. Ueberflüssig, weil die nationale Auseinandersetzung in den meisten hierfür in Betracht kommenden Ländern ohne eine Zertrümmerung durchaus möglich ist. Das wichtigste Mittel hierzu bildet die auch aus verwaltungstechnischen Gründen notwendige Kreisreifeilung. Sie dient zur Entlastung der Landesstellen, ermöglicht in den nationalen getrennten Kreisen einheitliche Amtssprache und konnationales Beamtenamt, faßt die Volksstämme zu nationalen Wirtschaftsgemeinschaften zusammen, die für ihre Kultur- und Wirtschaftsbedürfnisse selbst aufkommen, und verhindert so, daß etwa die Steuergebeider der Minderheit von der nationalen Mehrheit für ihre eigenen Zwecke mißbraucht werden. Ergänzend müßten nationale Landtagskurien und nationale Sektionen der Landesauschüsse, beide mit Selbstbestimmung oder doch mit Einspruchsrecht in allen nationalen Belangen, und die Aufstellung der Landesbeamtenschaft und der Landesleistungen nach der Steuerleistung der beteiligten Volksstämme hinzutreten. Damit könnte man die Länder auch für die nationalen Minderheiten wohlhablich einrichten. In dieser Richtung bewegt sich tatsächlich die Entwicklung.

Wenn ich mich solchermaßen für die Erhaltung des geschichtlichen Landesverbandes ausspreche, so tue ich es nicht etwa wegen des romantischen Nachglanzes aus der Zeit früherer Eigenstaatlichkeit, sondern wegen ihrer gegenwartsbedeutung für das politische Bewußtsein der Bevölkerung. Das Gefühl der Landeszugehörigkeit erzieht in vielen politisch rückständigen Gebieten noch immer das Staatsbewußtsein. Freilich hat das Gefühl der wachsenden Staatsstätigkeit die Wechselbeziehungen zwischen dem Staate und seinen Bürgern vermehrt und gekräftigt. Aber auch die Länder haben sich in dem politischen Bewußtsein befestigt durch ihre Verwaltungsleistungen, als die Vermittler staatlicher Subventionen, als die Rahmen der Parteipersonalitäten und jährlicher gesellschaftlicher Feststellungen. Damit müssen wir rechnen. Ingleich mit den geschichtlich überlieferten Ländern wird man staatsliche Gefühlswerte zerstören, die nicht so leicht ersetzt werden können.

Am wenigsten durch den ausschließlich nach nationalen Gesichtspunkten orientierten Geist der Volksgebiete, die nach den Wünschen der Sozialdemokratie und ihrer Mittläufer an die Stelle der alten Länder treten sollen. Denn die bisherige Gemeinschaft des Landesgebiets und der darauf beruhenden Interessen mildert trotz der Reibungsflächen und gelegentlichen Zusammenstöße die nationalen Gensätze und nötigt so zur Verknüpfung. Durch die nationale Auseinandersetzung innerhalb der Länder wird sie weiterhin erleichtert werden. In den neuen „Volksgebieten“ aber würden die Volksstämme zu Nationalstaaten oder nationalen Staatsfragmenten gegeneinander, ja vielleicht der eine oder andere von ihnen sogar gegen den österreichischen Staat organisiert werden. Die Ueberlieferungen, die die Länder mit dem Staate, die Landesbewohner untereinander verbinden, würden verfallen, und die nationale Selbstsucht fände freie Bahn.

Was das bedeutet, kann nach den Erklärungen unserer Feinde auch das blödeste Auge nicht mehr verkennen. Wir wissen, in welcher Weise die Entente das Nationalitätenprinzip — allerdings in gänzlichlicher Verkennung der wahren Verhältnisse — zur Zertrümmerung Oesterreichs zu verwenden gedenkt. Diese Pläne sind nicht etwa plötzliche Improvisationen der leitenden Staatsmänner, sie sind literarisch sorgfältig vorbereitet worden durch eine ganze Literatur, die sich mit den angeblichen Erlösungsbedürfnissen und den Erlösungsmöglichkeiten der nichtdeutschen Volksstämme Oesterreichs beschäftigt. Es würde sich lohnen, zu untersuchen, ob und inwiefern jene Literatur auf Studien im Inlande beruht oder durch — wenn auch unwahre — Mitteilungen von Angehörigen der beteiligten Volksstämme unterstützt worden ist. Wie auch immer dem sei, jedenfalls wäre es nach den Erfahrungen dieses Krieges der helle Wahnsinn, die Nationalitäten, die unsere Feinde von uns „befreien“ wollen, aus ihrem geschichtlichen Rahmen auszulösen und zu staatsähnlichen Gebilden mit selbständigem Staatsbewußtsein und eigenen außerpolitischen Idealen zusammenzu-